

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
26. Sitzung

Berlin, den 14.01.2013, 13:15 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700

Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

- ö f f e n t l i c h -

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 8

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 1
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)83
Kommissionsdrucksache 17(26)84 neu

Tagesordnungspunkt 2 S. 29

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 3 S. 31

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 14. Januar 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid	Groß, Michael
Bulmahn, Edelgard	Heil (Peine), Hubertus
Kolbe (Leipzig), Daniela	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Meierhofer, Horst	Simmling, Werner
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine	Birkwald, Matthias W.
Lötzer, Ulla	Bulling-Schröter, Eva

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 14. Januar 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<p><u>BÜ90/GR</u> Gambke Dr., Thomas Ott Dr., Hermann</p>		<p><u>BÜ90/GR</u> Walter-Rosenheimer, Beate Wilms Dr., Valerie</p>	

Montag, 14. Januar 2013, 13:15 Uhr

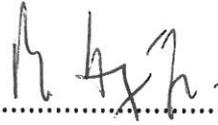
Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

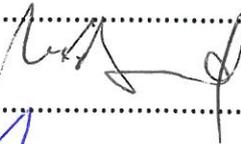
Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver



Bracht van, Georg



Brand Prof. Dr., Ulrich



Carstensen Prof. Dr., Kai



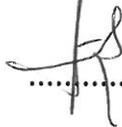
Habisch Prof. Dr., André



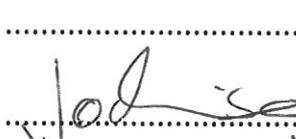
Hassel Prof. Dr., Anke



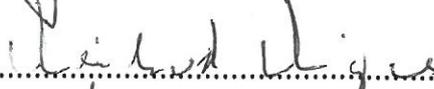
Hexel, Dietmar



Hölz Prof., Hanns Michael



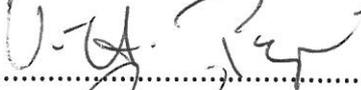
Jänicke Prof. Dr., Martin



Jochimsen Prof. Dr., Beate



Miegel Prof. Dr., Meinhard



Müller, Michael



Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz



Reuter Dr., Norbert



Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert



Montag, 14. Januar 2013, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Marco Detlauer	Linke	Marco Detlauer
Michael Popp	Linke	Michael Popp
Julia NODES	FDP	Julia Nodes
Alexander Mistin	CDU/CSU	Alexander Mistin
Rasmus Schwefel	FDP	Rasmus Schwefel
Jana Flewarij	Linke	Jana Flewarij
.....
.....

Beginn der Sitzung: 13.18 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) heißt die Teilnehmer an der 26. Sitzung der Enquete-Kommission herzlich willkommen und wünscht ihnen ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr. Sie gratuliert den Abgeordneten Dr. Mathias Middelberg und Florian Bernschneider sowie dem SV Prof. Gert G. Wagner nachträglich zum Geburtstag. Außerdem beglückwünscht sie SV Prof. Beate Jochimsen zur Geburt ihres Sohnes Justus am 7. Dezember 2012.

Sie erläutert weiterhin, dass die Sitzung öffentlich sei und live vom Parlamentsfernsehen übertragen werde. Anschließend stellt sie fest, dass der Vermerk zum Obleutegespräch vom 10. Dezember 2012 an sämtliche Kommissionsmitglieder verteilt worden sei. Nachdem es hiergegen keinen Widerspruch gebe, könne entsprechend der dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden.

Tagesordnungspunkt 1

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 1
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)83
Kommissionsdrucksache 17(26)84 neu

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) führt aus, dass die Projektgruppe 1 sich nach einigen Kontroversen darauf geeinigt hätte, dass zunächst ein Berichtsentwurf der Koalitionsfraktionen und anschließend ein Berichtsentwurf aller Oppositionsfraktionen vorgelegt würden. Da keiner dieser Berichte bei der Abstimmung in der Projektgruppe 1 eine Mehrheit gefunden habe, seien beide Beratungsgrundlage der heutigen Kommissionssitzung. Diese Berichtsentwürfe seien als Kommissionsdrucksachen 83 und 84 neu an alle Kommissionsmitglieder verteilt worden. Nach einer Einführung durch den Projektgruppenvorsitzenden Abg. Florian Bernschneider würden beide Berichtsentwürfe vorgestellt werden. Im Anschluss an eine Fraktionsrunde und eine Aussprache in der Reihenfolge der Wortmeldungen werde dann in einer Abstimmung gegen 15.00 Uhr zunächst festgelegt, welcher Berichtsentwurf Grundlage der weiteren Abstimmungen sein werde. Sodann würden die einzelnen Kapitel mit etwaigen Änderungsanträgen abgestimmt. Der unterlegene Berichtsentwurf würde dann als Minderheitsvotum angesehen werden.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) erläutert, dass die Enquete-Kommission natürlich vor allem dort Wirkkraft entfalte, wo es fraktionsübergreifend zu gemeinsamen Beschlüssen komme. Bei näherer Betrachtung verwundere es aber nicht, dass dies in der Projektgruppe 1 nicht gelungen sei, da sie diejenige sei, die sich mit Grundsätzen beschäftige habe. Daraus solle aber trotzdem nicht die falsche Schlussfolgerung gezogen werden, dass im weiteren Verlauf der Arbeit der Enquete-Kommission keine Einigkeit zwischen den Fraktionen möglich sei. Dies würde sowohl durch den bereits erfolgten Beschluss des Berichts der Projektgruppe 3 als auch die bisherige Arbeit der Projektgruppe 2 bewiesen, die auf einem guten Weg zu einem gemeinsamen Beschluss sei. Auch wenn die beiden heute vorliegenden Berichte nicht die gleichen Antworten gäben, so hätten sich beide dennoch den gleichen Fragen angenommen, d. h., wie die soziale Marktwirtschaft so weiterentwickelt werden müsse, dass sie den Herausforderungen unserer Zeit gerecht werde. Damit leiste die Projektgruppe einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Diskussion über den Stellenwert von Wachstum, auch wenn es zwei unterschiedliche Berichte gebe. Abschließend bedankt er sich herzlich für die intensiven und spannenden Diskussionen in der Projekt-

gruppe sowie beim Sekretariat der Enquete-Kommission, das - wie in allen anderen Projektgruppen auch - eine hervorragende Arbeit gemacht habe.

SV Prof. Dr Karl-Heinz Paqué bedankt sich zunächst ebenfalls bei allen Beteiligten in der Projektgruppe. Aus seiner Sicht sei es angesichts der schwierigen Aufgabe nicht überraschend, dass die Positionen ein Stück weit auseinander fielen, da es hier um Grundsatzfragen gehe. Er beginnt seine Vorstellung des Berichtsentwurfs der Koalitionsfraktionen mit dem Hinweis, dass bei der dort zu Beginn enthaltenen Betrachtung des Wachstumsverständnisses wesentliche Unterschiede innerhalb der Projektgruppe sichtbar geworden seien. Im Koalitionsbericht werde sehr großer Wert darauf gelegt, dass Wachstum letztendlich das Wachstum des marktfähigen Wissens und nicht nur des Ressourcenverbrauchs sei sowie technischen Fortschritt und Verbesserung der Innovationskraft bedeute. In hochentwickelten Industrieländern wie Deutschland stehe das qualitative Wachstum im Zentrum. Dabei sei klar, dass sich das Wachstum nicht im messbaren Bruttoinlandsprodukt erschöpfe. Es gebe gesamtwirtschaftliche Kosten und Nutzen sowie Wachstumskomponenten, die dort nicht sichtbar würden wie etwa die zunehmende Freizeit, unentgeltliche Tätigkeiten, Kindererziehung und bürgerschaftliches Engagement. Außerdem sei Wachstum auch nicht gleichzusetzen mit den vor allem in der letzten Dekade in einigen Ländern beobachteten Kapitalmarktblasen, da hier die nachhaltige Wertschöpfung gefehlt habe. Es habe Einigkeit darüber bestanden, dass Wachstum an sich kein gesellschaftliches Ziel, sondern ein Mittel sei. Es sei im Übrigen auch das Ergebnis einer Vielzahl individueller Entscheidungen über die Verwendung und Weiterentwicklung zur Verfügung stehender Ressourcen. Beim Blick auf das Wachstum in der deutschen Wirtschaftsgeschichte seit dem 2. Weltkrieg sei den Koalitionsfraktionen wichtig, dass die soziale Marktwirtschaft eine ganzheitliche Philosophie sei. Die Reindustrialisierung der jüngsten Zeit lasse hoffen, dass es keine säkulare Stagnation gebe. Weiterhin gehe der Bericht auf wesentliche Einzelthemen wie die öffentliche Verschuldung, Finanzmärkte, Beschäftigung, Einkommensverteilung und die Rolle von Unternehmern ein. Bei den anschließend beschriebenen Herausforderungen stünden die demografische Entwicklung sowie die Globalisierung im Vordergrund. Angesichts der schrumpfenden und alternden Bevölkerung seien insbesondere qualitative Verbesserungen im Ausbildungsbereich und eine bessere Arbeitsteilung zwischen den Generationen mit einer Mobilisierung älterer Arbeitskräfte nötig. Die Risiken für die Renten- und Krankenversicherung würden nur durch eine höhere Geburtenrate oder eine entsprechende

Zuwanderung in Grenzen gehalten werden können. Die Globalisierung sei und bleibe eine große Herausforderung, die die deutschen Unternehmen in der Vergangenheit auffallend erfolgreich offensiv angegangen seien. Deutschland habe seine Technologie – und Innovationsführerschaft erhalten. Es sei jedoch völlig offen, ob das auch in der Zukunft so bleibe. Zusammenfassend sei die generelle Philosophie des Koalitionsberichtes durch drei Stoßrichtungen gekennzeichnet: Erstens durch die große Rolle, die dem Wissen und der Innovationskraft als treibenden Kräften des Wachstums und den damit verbundenen Chancen zugemessen wird, zweitens durchziehe den Bericht eine umfassende Interpretation der Nachhaltigkeit des Wachstums und drittens gebe es ein positives Vertrauen in die Anpassungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen, der keinen radikalen Wandel benötige, sondern lediglich eine stückweise Verbesserung eines sich im Wesentlichen bewährten Systems.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) stellt den Bericht der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Kommissionsdrucksache 84 neu vor und beginnt ebenfalls mit einem Dank an alle Teilnehmer in der Projektgruppe. Dort habe es hitzige und kontroverse, aber auch lohnende Diskussionen gegeben. Beide Berichte würden neben Unterschieden auch Gemeinsamkeiten aufweisen. So gäbe es beispielsweise an zwei zentralen Stellen einen Konsens über die Bedeutung des Wachstums für die Gesellschaft. Demnach sei erstens wirtschaftliches Wachstum an sich kein Ziel, sondern ein Instrument zur Erreichung wichtiger gesellschaftspolitischer Ziele wie vor allem der Teilhabe am Arbeitsmarkt, Kultur sowie Bildung und Wissenschaft. Zweitens würden bei der Bewältigung der Herausforderungen die Ausbildung, Qualifikation, Kenntnisse und Kompetenzen der Menschen eine entscheidende Rolle spielen. Eine wichtige Unterscheidung zwischen beiden Berichten bestehe darin, dass der Bericht der Oppositionsfraktionen am Anfang ausführlich darlege, warum die Enquete-Kommission eingerichtet worden sei. Diese Gründe seien die schwerwiegenden internationalen Krisen der letzten Jahre, die zunehmende Kluft zwischen arm und reich sowie die deutlich spürbare Klimaveränderung und die zunehmenden Umweltbelastungen. Diese Entwicklungen seien kein Betriebsunfall der Gesellschaft bzw. des Wirtschaftssystems, sondern hätten tiefer liegende Ursachen. Anschließend enthalte der Oppositionsbericht wie der Koalitionsbericht einen Rückblick auf die letzten Jahrzehnte und eine Begründung, warum das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr ein ausreichender Maßstab für Wachstum, Wohlstand und Lebens-

qualität sei. Die Oppositionsfraktionen seien der Auffassung, dass zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt soziale und auch ökologische Indikatoren notwendig seien, um immer wieder Entwicklungsziele und Entwicklungsinstrumente kritisch überprüfen zu können. Weiterhin enthalte der Oppositionsbericht wichtige Aussagen zur Verbindung von Wachstum mit den Bereichen öffentliche Haushalte, Finanzmärkte, Umwelt, Unternehmen und Beschäftigung. Bei der Beschreibung der Herausforderungen unterscheidet sich der Bericht im Bereich Bildung von dem der Koalition darin, dass eine Korrektur der Schwächen des Bildungssystems wie der zu geringen Durchlässigkeit und des zu hohen Anteils junger Menschen, die scheitern, gefordert werde. Die entsprechenden Vorschläge bestünden vor allem in einer deutlichen Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung, einem deutlichen Ausbau von Ganztages-Kindertagesstätten und –Schulen sowie einer deutlich besseren tertiären Bildung. Dafür sei eine bessere Finanzierung des Bildungssystems mit Investitionen von ca. 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich erforderlich. Als Fazit werde die Schaffung eines sozial-ökologischen Regulierungsrahmens für eine nachhaltige Entwicklung vorgeschlagen, damit es sowohl Wirtschaftswachstum als auch eine Entwicklung in den genannten Bereichen in die richtige Richtung gebe.

SV PD Dr. Norbert Reuter führt aus, warum es bei der Betrachtung des Stellenwerts von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft nicht zum ursprünglich geplanten gemeinsamen Bericht gekommen sei. Dies läge letztendlich an einem ganz unterschiedlichen Verständnis von wirtschaftlichem Wachstum. Für die Koalition sei Wachstum die Grundlage für Entwicklung und bedeute eine ständig steigende Qualität, die mit mehr Wohlstand verbunden sei. Außerdem werde Wachstum eigentlich als die beste Möglichkeit betrachtet, die globalen Probleme anzugehen. Im Bericht der Oppositionsfraktionen werde dagegen versucht, von einem anderen Verständnis auszugehen, wonach Wachstum durchaus Probleme habe und sehr wohl eine Entwicklung ohne Wachstum denkbar sei. In diesem Bericht seien die Kapitel immer wieder von der Frage getragen, wie ohne Wachstum eine Lösung der Probleme möglich sei. Dabei herrsche auch eine wesentlich kritischere Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung vor. Eine ganze Reihe von Antworten würde zeigen, dass kein hohes Wachstum nötig sei, auch nicht beim Arbeitsmarkt. In einigen Bereichen wie etwa im Umweltbereich komme man zu dem Ergebnis, dass das Wachstum gerade das Problem im Kern sei. In Zukunft sei realistischer Weise nicht mehr mit hohen Wachstumsraten zu rechnen, so dass die politischen Instrumente und

Maßnahmen darauf entsprechend ausgerichtet werden müssten. Am Ende des Berichts werde konkret ein neues Beratungs- und Berichtswesen mit einer neuen Institution vorgeschlagen, die vergleichbar dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung so etwas wie einen Jahreswohlstandsbericht vorlegen solle. Dieser solle sich speisen aus einem neuen „magischen Viereck“ mit den Eckpunkten „materieller Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit“, „ökologische Nachhaltigkeit“, „soziale Nachhaltigkeit“ sowie „Zukunftsfähigkeit der Staatstätigkeit und der Staatsfinanzen“, dem dann der von der Kommission entwickelte Indikatorenansatz zur Seite gestellt werden sollte.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt die Einführung in den Bericht der Oppositionsfraktionen mit vier Bemerkungen. Erstens seien zwei gleichgewichtige Berichte aus der Arbeit der Projektgruppe hervorgegangen, die das Ergebnis sehr differenzierter Diskussionen seien. „Wachstum“ habe sich als ein zentral zu klärender Begriff erwiesen, wobei nicht so einfach zwischen Koalition und Opposition zu trennen sei. Zweitens habe er bei allen Experten immer wieder wahrgenommen, dass Wachstum ein Ergebnis, aber kein Ziel sei. Die Koalition sei dann allerdings – verkürzt gesagt - auf die Richtung eingeschwenkt, dass Wachstum ein Ziel sei. Darin bestünde ein wichtiger Grund, warum jetzt zwei Berichte vorliegen würden. Drittens habe es eine unterschiedliche Bewertung gegeben, in welcher Situation wir uns gegenwärtig befänden. Die Gegensätze beträfen insbesondere die Frage, wie tiefgreifend die Veränderungen zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft sein müssten. Die Opposition sei sich mit vielen Experten einig, dass eine soziale und ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nötig sei. Viertens sei die intensive Beschäftigung mit dem wichtigen Thema „Indikatoren“ sehr positiv, damit nicht nur in Expertenkreisen über diese Situation geredet werde. Von großer Bedeutung seien dabei die internationale Vergleichbarkeit sowie auch die Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Dimensionen. In dieser Richtung sehe er viele Gemeinsamkeiten und hoffe, dass die kontroversen Debatten in der Projektgruppe 1 letztendlich doch zu gemeinsamen Feststellungen in andern Projektgruppen führen.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen widerspricht seinen beiden Vorrednern, dass für die Koalitionsfraktionen Wachstum ein Ziel sei. Stattdessen hätten die Koalitionsvertreter immer wieder - ebenso wie sein Kollege SV Prof. Dr. Paqué zu Beginn der Sitzung – deutlich gesagt, dass Wachstum nicht das Ziel sei, sondern endogen und das Ergebnis von dezentralen

Handlungen. In einer Marktwirtschaft trafen viele „Wirtschaftssubjekte“, das heißt Firmen, Haushalte und Einzelhaushalte, Entscheidungen mit Blick auf ihr wirtschaftliches Fortkommen und ihren Wohlstand, dessen Ergebnis sich unter anderem mit dem Bruttoinlandsprodukt messen ließe. Die Änderungen des Bruttoinlandsprodukts, also das Wachstum, resultierten insbesondere daraus, dass Menschen und Unternehmen neue Ideen entwickelten, wie man besser produzieren und einen höheren Lebensstandard erreichen könne. Insofern sei Wachstum Ausdruck dieser Entdeckungsfreude von Menschen und ein Ergebnis menschlichen Suchens und Strebens. Ein Verbot dieser Aktivitäten könnte zu einer Wirtschaft ohne ein Wachstum gemäß unserem Verständnis führen, so wie dies die Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas praktiziert hätten. Außerdem bittet er zu bedenken, dass es lange Zeit danach ausgesehen hätte, als könne die Projektgruppe einen Konsens finden. So habe es eine gemeinsame Gliederung und sogar gemeinsam verabschiedete Kapitel zu den Themen „Wachstum und Finanzmarkt“ sowie „Wachstum und öffentliche Haushalte“ gegeben. Die Koalition habe diese Kapitel unverändert in ihren Bericht übernommen und sei schon etwas überrascht gewesen, dass die Opposition dann neue Kapitel zu diesen Themen geschrieben habe, mit denen sie sich von ihrem eigenen, ursprünglichen Beschluss abgesetzt hätte. Beim Betrachten der Argumentationslinien des Oppositionsberichts bekomme man häufig genug das Gefühl, es herrsche dort ein grundsätzlicher Marktpessimismus, und deshalb sollten nach der Auffassung der Opposition künftig nicht mehr Unternehmer, sondern der Staat für die Unternehmen entscheiden. Auch das würde in eine Welt zurückführen, die nicht wünschenswert sei. Diese Ansicht werde zuweilen verbunden mit einer Theorie des großen Umsterns, wonach die kapitalistische Wirtschaftsweise gescheitert sei und der Staat in möglichst vielen Lebensbereichen das Steuer übernehmen müsse. Demnach würden auch dezentrale Entscheidungen in die falsche Richtung gehen und zu Umweltzerstörungen beitragen. In einem Text der Opposition sei sogar davon die Rede gewesen, dass beispielsweise privaten Haushalten nur noch angemessene Energiemengen zugemessen würden. Aus diesen Gründen sei keine Einigung auf einen gemeinsamen Bericht möglich gewesen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) erinnert an die Vereinbarung der Obleute, dass es keine Notwendigkeit für eine Fraktionsrunde gebe. Trotzdem lägen ihr noch einige grundsätzliche Wortmeldungen zu beiden Berichten vor. Sie spricht sich dafür aus, dieser allgemeinen Runde aber nicht zu viel Raum zu geben, da es bei einer Diskussion über die einzelnen inhaltlichen

Punkte sicherlich interessanter werde. So habe sie bei der Lektüre beider Berichte nicht den angesprochenen großen Gegensatz zwischen Marktgläubigen auf der einen und Planwirtschaftlern auf der anderen Seite erkennen können. Sie bittet aber, diese grundsätzlichen Anmerkungen möglichst präzise und kurz zu halten.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) betont die aus ihrer Sicht durchaus vorhandenen großen Unterschiede zwischen beiden Berichten: Während die Koalition in der gegenwärtigen Krise lediglich eine kurzfristige Abweichung eines ansonsten voll funktionierenden Marktsystems sehen würde, ginge die Opposition von einer tiefgreifenden multiplen Krise aus, die durch eine tiefe soziale Desintegration in den letzten Jahrzehnten gekennzeichnet sei. Ein großer Bestandteil dieser Desintegration sei die von den Koalitionsvertretern gerühmte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die zu prekären Verhältnissen, Verteilungsungerechtigkeit und zunehmender Armut geführt habe. Neben der ökologischen Krise gebe es auch eine demokratische Krise, das heißt, dass Akteure aus der Wirtschaft und des Finanzmarktes zunehmend zum Maßstab politischer Entscheidungen würden. Sie widerspricht auch der Aussage, dass Innovationen an Wachstum gebunden seien. Die Alternative sei aber nicht die Planwirtschaft, sondern ein anderer Regulierungsrahmen im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, der auch die Verteilungsfrage berücksichtige und eine Ausweitung demokratischer Partizipation bedeute. Es gehe auch nicht darum, alles zentral zu regeln, sondern um andere Lebensweisen, einen anderen Konsum und andere gesellschaftliche Werte.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel vermutet, dass er möglicherweise der Einzige in diesem Kreise sei, der sich außerstande sehe, den einen oder den anderen Bericht zu unterstützen. Deshalb werde er sich bei beiden Abstimmungen enthalten. Beide Berichte seien ihm zu sehr interessengeleitet und zu wenig erkenntnisgeleitet. In beiden Berichten stehe die Begrifflichkeit der „Krise“ im Vordergrund. Der Begriff „Krise“ käme aus der griechischen Seemannssprache und bedeute, eine Wende vorzunehmen. Hier gehe es aber nicht um eine Wende, sondern darum, dass ein Paradigma, was 200 bis 250 Jahre getragen habe, nicht mehr trage. Dies sei eine neue Wirklichkeit, auf die sich keiner der beiden Berichte einließe. Weiterhin sei die Aussage im Koalitionsbericht, in entwickelten Ländern käme Wachstum nur noch durch Innovation und Wissensanreicherung zustande, seines Wissens empirisch völlig unhaltbar. Weltweit und gerade auch in entwickelten Industrieländern bestehe Wachstum zu einem ganz großen Anteil schlicht aus Volumenzunahme und Ressourcenverbrauch. Deshalb zitiere er immer wieder einen

Satz aus der ersten Regierungserklärung der gegenwärtigen Bundesregierung, wonach es in dieser Dekade gelingen müsse, eine Art des Wirtschaftens zu finden, die nicht die Grundlage ihres eigenen Erfolges zerstöre. Nicht haltbar sei aus seiner Sicht ferner, dass es ohne Wachstum keine Innovation oder ohne Innovation kein Wachstum gebe. Diese Verknüpfung sei außerordentlich problematisch. Die positive Rolle Deutschlands in den zurückliegenden drei bis vier Jahren sei entgegen der Behauptung der Koalition kein Beweis für nachhaltiges Wirtschaften. Andererseits sei die Forderung der Opposition, Probleme immer wieder über zusätzliche Geldmittel zu lösen, nicht realistisch. Abschließend kritisiert er die geradezu selbstverständliche Verknüpfung von Wachstum und Beschäftigung, die zu absurden Ergebnissen führe. Es könne nicht sinnvoll sein, dass es keine Rolle spiele, ob das, was wächst, auch gebraucht oder gewollt sei. Der Drang zur Beschäftigung und Erwerbstätigkeit sei nicht nur eine ökonomisch abhängige Variable, sondern in höchstem Grade eine kulturelle. Diese gesamte kulturelle Dimension fehle ihm aber in beiden Berichten.

SV Michael Müller teilt die Grundposition von SV Prof. Dr. Miegel, dass die hier geführten Diskussionen eher eine Verlängerung von Schablonen seien als dass sie zur Klärung beitragen würden. Allerdings teile er nicht seine Schlussfolgerung, dass eine tiefgreifende Veränderung nicht mit einer Krise verbunden sei. Anschließend geht er auf die Äußerungen von SV Prof. Dr. Carstensen ein und führt aus, dass die große Innovationskraft und Flexibilität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in den vergangenen Jahrzehnten von niemandem bestritten werde. Die Frage sei aber vielmehr, ob wir nicht in einer radikal veränderten Welt lebten, in der wir an Grenzen geraten seien und neue Antworten geben müssten. Im Übrigen sei die Alternative als „Nachhaltigkeit“ definiert, die nicht in Staatswirtschaft bestünde, sondern deren Grundidee „Dezentralität“ sei. Ein wichtiges Merkmal der Nachkriegsstabilität sei die Einbettung der Wirtschaft in soziale, nationalstaatliche Zusammenhänge gewesen. Die heutige Herausforderung bestünde aber in einer zusätzlichen ökologischen Einbettung. Die Antworten darauf könnten nicht mehr nationalstaatlich gegeben werden, sondern müssten global oder zu mindestens europäisch gefunden werden. Dies sei eine radikale Veränderung, die nicht ignoriert werden könne. Er erinnert außerdem an seinen gemeinsam mit dem Abg. Dr. Zimmer erstellten Beitrag zur „Ideengeschichte des Fortschritts“. Dort werde deutlich, dass die „Ideengeschichte des Fortschritts“ nicht von Wachstum, sondern der Emanzipation des Menschen, Freiheit und Gerechtigkeit geprägt worden sei.

Erst in den letzten 100 bis 150 Jahren habe sich dies verselbstständigt hin zu einer Orientierung auf technischen Fortschritt und Wachstum. Er halte es für unverzichtbar, im Bericht der Enquete-Kommission auch diese „Ideengeschichte des Fortschritts“ zu behandeln. Er werde deshalb beantragen, dass dieser Beitrag Teil des Berichts werde. In welcher Form dies geschehe, könne noch geklärt werden. Weiterhin wolle er noch eine Alternative zum Kapitel 3.1 des Koalitionsberichtes schreiben, in dem er vor allem auf den Mitte der siebziger Jahre entstandenen Transformationsprozess eingehen möchte. Viele Fehlentwicklungen und enorme Konflikte in der Gesellschaft seien nur vor dem Hintergrund des Wechsels der ökonomischen Rahmensezung zu erklären. Dabei gehe es um den Wechsel der gesicherten nationalstaatlichen Sozialen Marktwirtschaft hin zu einer heutigen globalen Erwartungswirtschaft. Denn die eigentliche Aufgabe einer Enquete-Kommission sollte nicht die Darstellung unterschiedlicher Positionen sein, sondern der Versuch, Zusammenhänge zu erklären und Deutungen zu geben. Dieser Aufgabe sei die Projektgruppe 1 bisher nicht gerecht geworden.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué geht zunächst auf SV Prof. Dr. Miegel ein und weist bei allem Respekt zurück, dass der Koalitionsbericht interessengeleitet sei. Weder bei ihm noch bei seinen Kollegen würden Interessen überhaupt eine Rolle spielen. Das einzige Interesse sei hier das Erkenntnisinteresse. Es sei wissenschaftlich belegt, dass der letztlich Grund für wirtschaftliches Wachstum natürlich das Wachstum von Ideen sei, weil erst Ideen zusätzliche Investitionsmöglichkeiten schafften, um Neues zu entwickeln und damit auch eine zusätzliche Wertschöpfung zu erreichen. Dieses Neue werde von den Menschen auch gewünscht. Er bittet alle diejenigen, die wachstums-skeptisch seien, die Güter und Produkte zu nennen, die vor 20 Jahren auf dem Markt waren und die sie gerne zurück hätten, weil sich die Qualität mittlerweile verschlechtert hätte. Es gebe in der Menschheitsgeschichte sicherlich Gesellschaften, in denen es auch über lange Zeiträume kein Wachstum gegeben habe. Natürlich könnten Gesellschaften auch darauf verzichten, neue Ideen umzusetzen, doch sei es sehr fraglich, ob dies besonders glückliche Gesellschaften seien. Außerdem sei von mehreren Vorrednern fälschlicher Weise es so dargestellt worden, als ob ein Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung absurd sei. Die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zeige dagegen vielmehr, dass in Zeiten relativ kräftigen Wachstums auch jeweils die Beschäftigung zugenommen habe. Dieser Zusammenhang ließe sich auch wissenschaftlich sehr genau begründen. Abschließend unterstreicht er noch

einmal, was SV Prof. Dr. Carstensen gesagt habe: Es gehe nicht um Wachstum als Ziel an sich, sondern stets darum, dass Wachstum dem Einzelnen Optionen gebe und Möglichkeiten schaffe, sein Leben positiv zu gestalten. Diese Diskussion sei auch öfters in der Projektgruppe so geführt worden. Wachstum sei das Ergebnis der vielfältigen Entdeckungen und die Umsetzung in wirtschaftliche Wertschöpfung, und das helfe Menschen unter anderem, mehr Freizeit zu genießen und vieles andere, was das Leben angenehm machen könne.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke berichtet, dass er erst gestern Abend aus Indien zurückgekommen sei und von einer Diskussionssendung im dortigen nationalen Fernsehen mit Publikumsbeteiligung zur besten Sendezeit zum Thema „Wachstum“ beeindruckt gewesen sei. Dort seien unter anderem die Fragen behandelt worden, ob die Bedeutung des Wachstums übertreiben sei, ob es andere Indikatoren als das Bruttoinlandsprodukt gebe und wie mit Ungleichheiten umgegangen werden solle. Dort sei also genau das diskutiert worden, was hier in der Enquete-Kommission gemacht werde. Dies zeige, dass sich die Enquete-Kommission im globalen Kontext bewege und ehrgeiziger sein sollte, als nur festzustellen, was der Wert der sozialen Marktwirtschaft oder von Wachstum sei. Stattdessen sollte die Kommission nach dem Vorbild früherer Enquete-Kommissionen in Deutschland eine Informationsbasis für neue Politiken schaffen, die auch für andere Länder interessant sei. Die Opposition habe in ihrem Bericht ein Umweltkapitel eingebracht, weil dies in der Projektgruppe weggestimmt worden sei, obwohl der Einsetzungsbeschluss der Kommission die Frage beinhalte, wie ökologische Veränderungen und Herausforderungen die Wohlstandsperspektiven beeinflussen würden. Bei der Klimaerwärmung sei bereits eine kritische Grenze erreicht, so dass volkswirtschaftlich bedeutsame Schäden nicht mehr zu verhindern seien. Beispielsweise hätten nicht nur in Ländern wie China zwei Drittel der Städte Wasserprobleme, sondern auch in Europa werde es in absehbarer Zeit in vielen Flusseinzugsgebieten Probleme geben. Der Oppositionsbericht zeige, wie Umweltbeeinträchtigungen negative wirtschaftliche Folgen hätten. Gleichzeitig würden auch die positiven Folgen einer veränderten Politik aufgezeigt, mit der Deutschland Erfahrung habe. So hätten natürlich eine steigende Ressourceneffektivität, Innovationen und bessere Produktionsstrukturen einen Wachstumseffekt. Das „grüne Wachstum“ werde aber trotzdem kein großes Wachstum sein. Dies sei eine Illusion, die vielfach mittlerweile gerade bei großen Institutionen wie auch der Weltbank entstünde. In den letzten Jahren habe es in Deutschland lediglich

ein Wachstum von durchschnittlich einem Prozent gegeben, und trotzdem seien gewaltige Fortschritte in den Bereichen „Klimaschutz“ und „Beschäftigung“ erzielt worden. Deshalb sei gerade Deutschland ein Experimentierfeld dafür, wie man mit niedrigen Wachstumsraten sehr wohl auskommen könne, wenn man sich auf die Probleme konzentriere.

SV Prof. Dr Kai Carstensen geht kurz auf die Bemerkung von SV Prof. Dr. Jänicke ein, in der Projektgruppe 1 sei ein Kapitel zum Thema „Umwelt“ weggestimmt worden. Dies möchte er richtig stellen und weist darauf hin, dass der Punkt gewesen sei, dass es mit der Projektgruppe 3 eine ganze Projektgruppe gegeben habe, die sich mit den Wechselwirkungen zwischen Wachstum und Umwelt beschäftigt hätte. Deshalb sei damals das Argument gewesen, es wäre schwierig, in der Projektgruppe 1 einen Konsens zu finden, der exakt einen Konsens abbilden könne, der in der Projektgruppe 3 zu finden sei. Stattdessen würde es Sinn machen, das in der Projektgruppe 3 zu verantworten und auf einen konsensualen Text dort zu hoffen, der ja auch entstanden sei. Dies sei also nicht Ausdruck einer Ignoranz, sondern einer Arbeitsteilung gewesen.

SV Prof. Dr. André Habisch bedauert, dass der Charme einer Enquete-Kommission, der in der Zusammenarbeit mit Kollegen verschiedener Fachrichtungen und weltanschaulicher Fundierungen liege, in dieser Projektgruppe nicht so richtig zum Tragen gekommen sei. Eine einheitliche Schematisierung der beiden vorgelegten Berichte in Wachstumsbefürworter und Wachstumsgegner sei nicht zutreffend. So gebe es im Bericht der Oppositionsfraktionen durchaus sehr unterschiedliche Passagen. Anschließend begründet er seine Zustimmung zum Koalitionsbericht mit der darin enthaltenen Einschätzung der Marktwirtschaft als soziales Konzept. Für ihn gehe es bei Marktwirtschaft nicht nur um Effizienz und Ressourcenakkumulation, sondern sie habe auch einen ethischen Wert. Aus seiner Sicht gebe es in der Menschheitsgeschichte nur die beiden Alternativen „Feudalgesellschaft“ und Planwirtschaft“. In beiden Fällen gebe es im Gegensatz zu einer funktionierenden Marktwirtschaft nur einen kleinen Kreis von Menschen, die ihre Ziele verwirklichen könnten. In Deutschland könne auf eine jahrzehntelange Entwicklung zurückgeschaut werden, die die Bedingungen so positiv verändert habe, wie dies bisher in der deutschen Geschichte noch nicht der Fall gewesen sei. Gleichzeitig würde Deutschland etwa mit der Energiewende versuchen, in der internationalen Völkergemeinschaft neue Akzente zu setzen. Daher sei kein Neuanfang nötig, sondern ein Fortsetzen

einer positiven Entwicklung einer demokratisch verfassten Marktwirtschaft sowie einer Kultur des Wettbewerbs und der Solidarität.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand hält es nicht für problematisch, als Ergebnis der Arbeit der Projektgruppe 2 jetzt gesellschaftlich relevante Positionen zu haben, mit denen man nun arbeiten könne. Zum von SV Prof. Dr. Carstensen angesprochenen Umweltkapitel führt er aus, dass er als Mitglied der Projektgruppe 3 erlebt habe, dass beim Thema „Umwelt und Wachstum“ immer auf die Projektgruppe 1 verwiesen worden sei. Bei den Koalitionsfraktionen werde der Umweltbereich lediglich im Zusammenhang mit Problemen und Wettbewerbsfähigkeit erwähnt und nicht mit Innovationen und Ressourcenfragen. Die Oppositionsfraktionen würden mit dem Begriff „sozial-ökologische Transformation“ versuchen, ein Deutungsangebot zu machen, mit welchen Veränderungen im Rahmen einer Generation nachhaltige Arten des Wirtschaftens erreicht werden können. Dabei gehe es nicht um Planwirtschaft, sondern um Innovation und um eine Gesellschaft, in der nicht Profitprinzip und Akkumulationszwänge dominieren würden. Im Hinblick auf die Äußerungen von SV Prof. Dr. Miegel sei dies natürlich wissenschaftlich erkenntnisgeleitet, aber unter dem normativen Aspekt der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Es gehe auch darum, wie Interessen von Unternehmen, Gewerkschaften und Konsumenten so umgearbeitet würden, dass die heutige enge Bindung an Nicht-Nachhaltigkeit verändert werden könne. Auch beim Oppositionsbericht bleibe die Definition eines ganzheitlichen Wohlstandsbegriffes wage. Dafür müsse es wahrscheinlich eine neue Enquete-Kommission geben. Er hoffe, dass es hierzu in der Projektgruppe 5 hinsichtlich der Themen Arbeit, Konsum und Lebensstile noch Ergebnisse geben werde. Eine zweite Schwäche in beiden Berichten sei, dass dort nicht einmal das Wort „Zivilgesellschaft“ vorkomme. Der Blick bliebe jeweils beim Konsumenten, Unternehmen und dem Staat. Während für SV Prof. Dr. Paqué Innovation kapitalgetrieben sei, käme aus seiner Sicht viele gesellschaftliche Innovation, die nicht über den Markt erfolge, aus der zivilen Gesellschaft. Dies sei eine wichtige Aufgabe für die Weiterbeschäftigung mit diesem Thema.

Abg. Horst Meierhofer (FDP) gibt zu Bedenken, dass die gegenwärtig geführte Debatte vielleicht zu sehr auf die Wissenschaft und das Parlament fokussiert sei und nicht unbedingt die Wirklichkeit in Deutschland oder weltweit abbilde. So werde weltweit scheinbar durchaus Wachstum gewünscht, zu mindestens von denen, die sich gegenwärtig auf einem niedrigeren Niveau befinden würden. Man könne sich sicherlich in Deutschland auf den

Standpunkt stellen, dass man satt, zufrieden und wohlhabend sei und kein Wachstum mehr benötige. Für andere Länder sei Wachstum aber erstrebenswert, um zum Beispiel eine Situation zu erreichen, in der Lebensmittel und Medikamente gekühlt werden können und andere Fortschritte erreicht würden. Dieser unterschiedliche Blick sei auch ein Grund dafür, dass es weltweit wenig Einigkeit bei Umweltfragen gebe und internationale Klimakonventionen leider erfolglos geblieben seien. Viele der G77-Staaten würden weniger der Verzichtsethik aus Deutschland folgen, sondern eher dem Vorbild des bedingungslosen Wachstums in China ohne Rücksicht auf ethische, ökologische und andere Folgen. Dies könne man ignorieren oder berücksichtigen. Wenn man es berücksichtige, sollte eine Antwort sein, dass Wachstum in qualitätsvoller Art und Weise einen Lösungsweg für diejenigen aufzeige, die weniger hätten als die Menschen in Deutschland. Andernfalls dürfe man nicht den internationalen ethischen Anspruch haben, etwas zum Besseren zu wenden. Wachstum sei nicht nur weltweit, sondern auch für Deutschland vernünftig und richtig, um Entwicklungschancen gerade für die Ärmern zu ermöglichen. Bei einer internationalen und auch ökologischen Betrachtung müsse man sich darüber auch ethisch Gedanken machen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geht zunächst auf SV Prof. Dr. Miegel ein, der mit seiner Aussage, dass das alte Paradigma nicht mehr trage, seiner Ansicht nach das beste Synonym für „Krise“ genannt habe. Er bedauere es dagegen, wenn etwa wie vom SV Prof. Dr. Carstensen andere Vorstellungen und Analysen mit nicht mehr zeitgemäßen Begriffen wie „Planwirtschaft“ belegt würden, die überhaupt nicht mehr zur Diskussion stünden. In der Enquete-Kommission sei immer betont worden, dass es um Erkenntnisinteresse gehen müsse. In anderen Projektgruppen würde dies auch gelingen. Die fehlende Verständigung in dieser Projektgruppe habe nicht an den Politikerinnen und Politikern gelegen, sondern daran, dass die Wissenschaftler in einer Art und Weise auf ihren Positionen beharrt hätten, dass keine Lösung möglich gewesen sei. Auch wenn eine solche Kommission eine sehr gute Einrichtung sei, die Expertinnen und Experten mit Politikerinnen und Politikern zusammenbringe, so gäbe es auch Grenzen. Zur Frage des im Koalitionsberichts fehlenden Umweltkapitels habe er als Leiter der Projektgruppe 3 die Erfahrung gemacht, dass er dort beim Thema Umwelt immer mit dem Argument konfrontiert worden sei, dies würde in der Projektgruppe 1 behandelt. Die Projektgruppe 3 habe sich aber mit dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch beziehungsweise deren Entkopplung beschäftigt, während der Begriff der

„Umwelt“ doch erheblich weiter gefasst sei. Außerdem seien auch weitere in anderen Projektgruppen behandelte Themen wie „Bruttoinlandsprodukt“ und „Beschäftigung“ von der Koalition in ihrem Bericht angesprochen worden. Insofern scheine ihm dieses Argument nur ein Vorwand zu sein. Weiterhin würde die Koalition in ihrem Bericht bestimmte Problematiken ganz systematisch ausblenden, die aber im Kapitel 1 bis 6 der Projektgruppe 3 einstimmig von der gesamten Kommission angenommen worden seien. So sei klar geworden, dass die ökologischen Grenzen unseres Planeten auch die Grenzen unseres politischen Handelns seien. In vielen Bereichen seien diese ökologischen Grenzen bereits überschritten. Deshalb plädiere er dafür, dass in den restlichen Monaten der Enquete-Kommission versucht werden solle, gemeinsame Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden.

SV Prof. Hanns Michael Hölz erinnert daran, dass die Kommission einen demokratischen Auftrag gemäß dem Einsetzungsbeschluss zu erfüllen habe. Leider sei es nicht gelungen, den demokratischen Prozess intensiver zu steuern. Ansonsten gäbe es nicht das Problem, deutlich zu merken, dass in der aktuellen Krisensituation aus seiner Sicht das Ende der Ökonometrie erlebt würde. Es gebe nicht mehr die Chance, dass Wirtschaftsprofessoren klar voraussagten, was die Krise bewirke. Die klassischen Annahmen seien teilweise außer Kraft gesetzt. Wenn dies tatsächlich so sei, dann habe die Enquete-Kommission eine noch größere Verpflichtung, das der Bevölkerung zu erklären. Sein großer Vorwurf an alle Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung sei, dass ein solcher Erklärungsversuch nicht unternommen werde. Stattdessen werde die Bevölkerung verschiedenen Deutungsmöglichkeiten überlassen und mit alten Argumenten wie der „Planwirtschaft“ diskutiert, die eigentlich schon lange überwunden seien. Dabei bestünde die einmalige Chance, in der Politik nach dem Vorbild von Unternehmen Nachhaltigkeit einzufordern. Eine wichtige Voraussetzung sei, wie damit demokratisch im Sinne von Transparenz und Zurechenbarkeit umgegangen werde. Dies sei in beiden Berichten nicht ausreichend genug abgebildet. Der Gesamtbericht sollte sich daher mehr dieser Verpflichtung stellen und Lösungsmöglichkeiten bieten. Deshalb stelle er auf Kommissionsdrucksache 85 einen Änderungsantrag zum Berichtsentwurf der Koalitionsfraktionen, im Kapitel 5 in Zeile 3280 einen Hinweis zu ergänzen, dass „im demokratischen Konsens erzielten, regulatorischen Komponenten im Sinne von Leitplanken zunehmend Bedeutung zukommt“, und hoffe auf Zustimmung.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) erläutert, der Bericht der Opposition sei von der Philosophie getragen, dass das alte Paradigma nicht mehr trage. Insofern

stimme sie SV Prof. Dr. Miegel zu. Dies werde zu mindestens an einigen Beispielen im Bericht gezeigt. Mit Blick auf den Abg. Meierhofer merkt sie an, dass gerade wenn das Ziel bestehe, auch Menschen in anderen Regionen Möglichkeiten zur Verbesserung ihres Lebensstandards und ihrer Lebensqualität zu geben, erkannt werden müsse, dass es nicht gelingen werde, dies auf die gleiche Art und Weise weltweit zu realisieren wie in den industrialisierten Ländern. Dies habe aber nichts mit Markt pessimismus zu tun. In der Enquete-Kommission gehe es darum, Wege zu beschreiben, wie auch für eine so stark gewachsene Weltbevölkerung trotzdem eine Verbesserung der Lebensqualität erreicht werden könne. Dies sei nur möglich, indem die planetarischen Grenzen respektiert und neue Verfahren und Technologien sowie neue Verteilungsmuster und Organisationsmodelle entwickelt und anerkannt würden. Dies sei die eigentliche Aufgabe. In vielen Einzelfragen seien auch Fortschritte erreicht worden. Der Ansatz der Opposition sei dabei nicht von einem gesellschaftlichen Pessimismus getragen, sondern es würden ganz im Gegenteil die Erfolge in den vergangenen Jahrzehnten anerkannt werden, die beispielsweise zu einer deutlich höheren Energieeffizienz im Produktionssektor und in privaten Haushalten geführt hätten. Die Herausforderung sei vielmehr, diese Anstrengungen weiter zu verstärken. Dafür werde eine andere Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum an Wissen, Kompetenz und Technologien gebraucht. Außerdem gehe es nicht um eine Entscheidung zwischen Planwirtschaft oder Marktwirtschaft, sondern darum, welche neue Regulierungsrahmen und welche Regulierungen benötigt würden, damit tatsächlich die Zielsetzung von Nachhaltigkeit erreicht werden könne. Dies sei zwingend notwendig etwa für die Fragen, wie eine Internalisierung von Umweltkosten erreicht werden oder wie die wachsende Kluft zwischen reich und arm sowohl in Deutschland als auch weltweit verringert werden könne. Dabei sei es nicht zutreffend, dass die Opposition immer nach einer ausschließlichen Regelung durch den Staat rufe, da es klar sei, dass ein zielgerichtetes Handeln aller Akteure erforderlich sei. Aber natürlich gebe es eine staatliche Verantwortung auf Grund des Verfassungsauftrags des Schutzes von Mensch und Umwelt.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué geht zunächst auf SV Prof. Dr. Brand und das von ihm bemängelte Fehlen des Wortes „Zivilgesellschaft“ in beiden Berichten ein. Dies stimme zwar, doch werde das bürgerschaftliche Engagement angesprochen. Es sei selbstverständlich, dass moderne Gesellschaften auch in diesem Bereich wachsen würden. Er sei im Übrigen Vorsitzender des

Projektes „Zivilgesellschaft in Zahlen“ des deutschen Stifterverbandes und könne nicht erkennen, dass etwas von dem Geschriebenen in Zweifel zu ziehen sei. Hinsichtlich einer Gegenüberstellung von Planwirtschaft und Marktwirtschaft gehe es natürlich nicht um Pole, sondern um viele Differenzierungen, was für eine Rolle staatliche Lenkung ausmache. Seines Erachtens liege der zentrale Dissens zwischen Koalition und Opposition darin, dass die Koalition auf dieser Achse bei der Rolle des Staates nicht so weit gehe wie die Opposition und erheblich vorsichtiger bei Eingriffen in die Marktwirtschaft sei. Hintergrund dafür sei eine andere Grundphilosophie. Das seien zwei absolut legitime Positionen und nicht etwa erfundene Sichtweisen, sondern sie seien in der Gesellschaft von absolut zentraler Bedeutung. Daher halte er die Gegenüberstellung in beiden Berichten für sehr nützlich. Es gehe nicht um ein Wiederaufleben der Planwirtschaft früherer Zeiten, sondern um die Frage, wie viel Lenkung es in einem System gebe. Je mehr Lenkung man einsetze, desto mehr entferne man sich natürlich von einer Marktwirtschaft, die sehr stark auf die marktliche Koordination setze. Er bittet deshalb auch herzlich darum, dass die Kollegen der Opposition nicht den Eindruck erwecken würden, als gäbe es so etwas wie einen moralischen Konsenszwang. Als Wissenschaftler halte er dies einfach nicht für gerechtfertigt. Dort, wo unterschiedliche Konsequenzen aus einer Analyse gezogen würden, müssten diese auch so präsentiert werden. Darauf aufbauend könne und solle man natürlich Möglichkeiten für Gemeinsamkeiten ausloten, so wie dies ja anfangs auch für den Finanzmarktbereich geschehen sei. Ein moralisierender Vorwurf, die Koalitionsfraktionen - und dort insbesondere die Sachverständigen - hätten sich einem solchen Konsens verweigert, sei keine angemessene Darstellung der Realität.

Abg. Edelgard Bulmahn geht auf die Äußerungen von SV Prof. Dr. Paqué ein und führt aus, dass der Unterschied zwischen der Opposition und der Koalition nicht in der Frage liege, ob eine Regulierung nötig sei oder nicht. In beiden Berichten gäbe es Regulierungsvorschläge. Entscheidend sei die Frage, wie reguliert werden solle. So könne beispielsweise die Sicherung eines bestimmten Lohnniveaus durch einen Mindestlohn oder auch durch andere gesetzliche Maßnahmen angestrebt werden.

SV PD Dr. Norbert Reuter geht auf die Aussage der Koalition ein, dass Innovation automatisch zu Wachstum führe. Seiner Meinung nach führten Innovationen aber nicht zu einer Wachstums-Notwendigkeit. Herr Prof. Dr. Paqué habe aus der Verneinung seiner Frage, ob allgemein der Güterstand von vor 20 Jahren zurückgewünscht werde, die Schlussfolgerung gezogen,

deswegen würde Wachstum benötigt. Genau dies sei aber nicht der Fall. So habe es beispielsweise vor vielen Jahren zum Musikhören das Grammophon gegeben, während dies heute mittels eines MP3-Players erfolge. MP3-Player ließen sich aber mit wesentlich geringerem Aufwand an Ressourcen herstellen als damals Grammophone. Dies zeige, dass große innovative Prozesse durchaus ohne Wachstum oder mit geringem Wachstum möglich seien. Anschließend widerspricht er den Aussagen von Prof. Dr. Carstensen zum Umweltkapitel. Es sei lange in der Projektgruppe 1 immer wieder versucht worden, das von Herrn Prof. Dr. Jänicke eingebrachte Umweltkapitel abzustimmen. Trotz des Angebotes großer Änderungen habe es bei der Koalition aber keine Bereitschaft zur Annahme dieses Kapitels gegeben, so dass es schließlich ganz aus dem Mehrheitsbericht herausgenommen worden sei. Dies sei auch nicht mit Blick auf die Projektgruppe 3 erfolgt. Hinsichtlich des Antrages von Prof. Hölz für regulatorische Komponenten im Sinne von Leitplanken weist er darauf hin, dass das Kapitel 3.4.4 des Berichtes der Oppositionsfraktionen sich mit Leitplanken für nachhaltiges Wirtschaften beschäftige und fragt, ob dies nicht den Forderungen von Prof. Hölz nachkommen würde.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) merkt an, dass es offensichtlich zum Themenkomplex der Projektgruppe 1 noch viel zu besprechen und viel zu diskutieren gäbe und es daher zu bedauern sei, dass die Arbeit der Projektgruppe heute bereits abgeschlossen werde.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel möchte Unklarheiten bezüglich seiner Einlassung zum Begriff der „Krise“ ausräumen. Er habe versucht zu verdeutlichen, dass der eigentliche Krisenbegriff ein Umkehrbegriff sei. Wenn daher der Eindruck erweckt würde, man befände sich in einer Krise, würde dies die unrealistischen Illusionen nähren, dass es eine Chance der Umkehr und Rückkehr zu früheren Zuständen gäbe. Wenn er also sage, ein Paradigma trage nicht mehr, sei dies etwas anderes als eine Krise. Hinsichtlich der Äußerungen von Prof. Dr. Brand zur Interessenleitung der Kommissionsmitglieder würde er den Begriff der „Zielgeleitetheit“ vorziehen. Im Gegensatz zu einigen Einlassungen seiner Vorredner, insbesondere von Herrn Abg. Meierhofer, habe er nicht den Eindruck, dass in der Gesellschaft oder innerhalb der Kommission Wachstum grundsätzlich abgelehnt würde. Das Problem sei viel tiefergehend. Es gehe darum, dass kein Wachstum gewollt werde, das eine zerstörerische Qualität habe. Er gehe davon aus, dass in diesem Punkt Einigkeit innerhalb der Kommission herrsche. Anknüpfend an die Bemerkung der Vorsitzenden hätte auch er sich gewünscht, dass diese

heutige Diskussion bereits vor einem halben Jahr geführt worden sei. Ihm scheine heute deutlich geworden zu sein, dass beide Berichte ein bisschen ältlich wirkten, das heißt, als ob sie etwa zehn bis 15 Jahre alt seien. Er habe geglaubt, dass es in der heutigen Diskussion hätte erreicht werden können, aus diesen ältlichen Berichten zeitgemäße zu machen.

SV Dietmar Hexel stimmt Herrn Prof. Dr. Miegel inhaltlich voll zu und sei sich nicht ganz sicher, ob beide Berichte nicht an die Projektgruppe zurückverwiesen werden sollten mit der Maßgabe, sie auf den neuesten Stand der Erkenntnisse zu bringen. Wenn dies von der Geschäftsordnung her nicht möglich sei, würde er bei der Abstimmung dem Bericht der Oppositionsfraktionen den Vorzug geben. Es sei der Auftrag der Kommission, herauszufinden, was sich ändern solle, damit die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört würden, so wie Prof. Dr. Miegel es zitiert habe. Unabhängig von der politischen Ausrichtung seien sich im Grunde alle darüber im Klaren, dass man nicht so weiter machen könne wie bisher. Die Kommission sollte auch den Mut haben, dies auf Grund der Fakten deutlich festzustellen. Aus der Auflistung der weltweiten Wachstumsraten im Koalitionsbericht sei ersichtlich, dass seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Wachstumsraten fallen würden. Dies zeige, dass die alte Illusion einer Lösung von Problemen durch Wachstum nicht funktioniere. Auch die Gewerkschaften würden seit Langem darüber diskutieren, dass die Annahme irgendwie ja nicht mehr stimmen könne, Wachstum würde automatisch zu mehr Beschäftigung führen. Bei einer Betrachtung der Zahlen werde deutlich, dass es hier andere Lösungen geben müsse.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) hält die Darstellung der unterschiedlichen Sichtweisen in zwei Berichten für unproblematisch. Ein Konsens wäre vielleicht möglich gewesen, wenn an der eigentlichen Aufgabenstellung der Projektgruppe zur Analyse des Stellenwertes von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft festgehalten worden wäre. Angesichts der stattdessen geführten Diskussion um wirtschaftspolitische Grundsatzfragen seien die dargelegten Unterschiede aber nicht verwunderlich. Schon beim Einsetzungsbeschluss sei zu spüren gewesen, dass es einigen darum gegangen sei, das Thema „Krise“ und die Soziale Marktwirtschaft in einen negativen Zusammenhang zu setzen. Die damalige Frage nach einem generellen Änderungsbedarf an der Sozialen Marktwirtschaft sei jetzt etwas umformuliert worden in die Forderung nach einem sozial-ökologischen Transformationsprozess. Seiner Ansicht nach hätte es der Kommission gut getan, weniger beispielsweise Indien und China im Blick zu

halten als mehr auf Europa zu schauen und insbesondere weniger pessimistisch auf Deutschland. Es hätte mehr Augenmerk darauf gelegt werden sollen, dass es Deutschland im Vergleich mit dem restlichen Europa erkennbar besser gehe und analysiert werden sollen, woran dies denn liege. Daraus hätte vielleicht die eine oder andere weiterführende Erkenntnis gewonnen werden können. Das Thema „Nachhaltigkeit“ sei in der deutschen Sozialen Marktwirtschaft durch die wirtschaftspolitische Struktur und durch den Mittelstand so gut verankert, dass manches in der Kommission sehr theoretisch diskutiert worden sei. Dabei habe die Projektgruppe nur wenig im Blick gehabt, wie sehr Nachhaltigkeit als wirtschaftliches Prinzip bereits praktiziert werde und wie diese besondere Struktur Deutschlands am Leben erhalten und vorangebracht werden könne. Es sei komplett falsch zu glauben, dass in diesem System alles schlecht sei.

SV Prof. Dr. Gert G. Wagner erklärt, dass er sich für den Bericht der Oppositionsfractionen ausspreche, sich aber der Stimme enthalten werde, weil er mit Prof. Dr. Christoph Schmidt ein Pairing abgesprochen habe. Prof. Dr. Schmidt sei wegen einer Gremiumssitzung beim RWI in Essen, die bereits sehr langfristig festgelegt worden sei, an der Teilnahme gehindert. Deshalb werde er - Prof. Dr. Wagner - sich aus dem Gebot der Fairness heraus enthalten.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) lässt gemäß ihren einführenden Bemerkungen darüber abstimmen, welcher der beiden zunächst gleichberechtigten Berichte Beratungsgrundlage werden solle.

Für den Bericht der Koalitionsfractionen stimmen 16 Mitglieder, für den Bericht der Oppositionsfractionen 14 Mitglieder und 2 Mitglieder enthalten sich. Damit sei der Bericht der Koalitionsfractionen die Grundlage der weiteren Abstimmung. Anschließend lässt sie über die einzelnen Kapitel dieses Berichtes abstimmen.

Sodann ruft Sie Kapitel 1 auf, das aus der Einleitung bestehe. Da es keine Wortmeldungen oder Änderungswünsche gibt, lässt sie über Kapitel 1 abstimmen.

Das Kapitel 1 wird mit einem Stimmverhältnis von 16:15 ohne Enthaltungen beschlossen.

Die Vorsitzende ruft anschließend Kapitel 2 auf, das sich mit den Grundlagen des Wirtschaftswachstums beschäftige. Auch zu diesem Kapitel gibt es keine Wortmeldungen oder Änderungswünsche, so dass sie die Abstimmung durchführt.

Das Kapitel 2 wird mit einem Stimmverhältnis von 16:15 bei einer Enthaltung beschlossen.

Als nächstes ruft sie Kapitel 3 auf, bei dem es um die Wechselwirkungen zwischen Wachstum und wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen gehe, was auch in der heutigen Sitzung intensiv diskutiert worden sei. Da es keine Wortmeldungen oder Änderungswünsche gibt, lässt sie über Kapitel 3 abstimmen.

Das Kapitel 3 wird mit einem Stimmverhältnis von 16:15 ohne Enthaltungen beschlossen.

Sodann ruft sie das Kapitel 4 mit dem Titel „Finanz- und gesellschaftspolitische Herausforderungen“ auf. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen oder Änderungswünsche. Daraufhin lässt sie über Kapitel 4 abstimmen.

Das Kapitel 4 wird mit einem Stimmverhältnis von 16:14 ohne Enthaltungen beschlossen.

Die Vorsitzende ruft anschließend Kapitel 5 mit den Schlussbemerkungen auf, zu dem es einen Änderungsvorschlag auf Kommissionsdrucksache 85 von Prof. Hölz gibt.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge bittet in Absprache mit Prof. Dr. Hölz, die dort vorgeschlagene Änderung wie folgt zu ergänzen: Nach den Worten „im demokratischen Konsens erzielten,“ einzufügen „idealerweise supranational abgestimmten“. Damit solle deutlich gemacht werden, welches Spannungsfeld es in den von der Kommission behandelten Politikbereichen gebe. Die demokratische Legitimation liege nach wie vor auf der Ebene der Nationalstaaten, während wesentliche Bewältigungsstrategien zwingend eine supranationale Abstimmung erfordern würden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) lässt über den ergänzten Änderungsantrag auf Kommissionsdrucksache 85 abstimmen.

Der Änderungsantrag wird bei zwei Gegenstimmen und zwölf Enthaltungen beschlossen.

Sodann ruft die Vorsitzende Kapitel 5 in der geänderten Fassung auf, zu dem es keine weiteren Wortmeldungen oder Änderungsvorschläge gibt, und führt die Abstimmung durch.

Das Kapitel 5 wird mit einem Stimmverhältnis von 16:14 bei zwei Enthaltungen beschlossen.

Anschließend ruft sie die Schlussabstimmung über den gesamten Bericht in der geänderten Fassung auf.

Der Bericht der Koalitionsfraktionen wird mit einem Stimmverhältnis von 16:14 bei zwei Enthaltungen beschlossen.

Damit ist der Berichtsentwurf der Koalitionsfraktionen der Abschlussbericht der Projektgruppe 1 und wird entsprechend in den Abschlussbericht der Enquete-Kommission eingefügt. Der Berichtsentwurf der Oppositionsfraktionen wird als Minderheitenvotum ebenfalls in den Abschlussbericht eingefügt. Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) bittet außerdem um die Ermächtigung des Sekretariates, redaktionelle Anpassungen wie beispielsweise Aktualisierungen in Fußnoten vornehmen zu dürfen. Hierzu gibt es keinen Widerspruch.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke bittet um eine redaktionelle Änderung im Berichtsentwurf der Oppositionsfraktionen. Da dort lediglich die einzelnen Fraktionen genannt werden, denen die von den jeweiligen Fraktionen benannten Sachverständigen nicht angehören, bittet er um die Aufnahme der Namen der jeweiligen Sachverständigen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) sagt zu, dass dieser Änderungswunsch aufgenommen wird.

Tagesordnungspunkt 2

Berichte aus den Projektgruppen

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft sodann den Tagesordnungspunkt 2 auf und erinnert daran, dass es noch drei aktive Projektgruppen gebe. Turnusgemäß beginne heute als erstes die Projektgruppe 5 mit ihrem Bericht.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) berichtet als Projektgruppenvorsitzende, dass die Projektgruppe 5 heute zwei Kapitel intensiv diskutiert habe. Im ersten Kapitel gehe es um die Wechselwirkung von Konsum und Nachhaltigkeit, wobei sich eine große Einigkeit abzeichne hinsichtlich der Punkte Verantwortung der bürgerschaftlichen politischen Seite für den Konsum, Grenzen der rationalen Kaufentscheidung, soziale Schwellen für nachhaltigen Konsum und Angebot für die Konsumenten. Dabei sei auch die Rolle institutioneller Konsumenten und insbesondere des Staates erörtert worden. Das zweite Kapitel habe den Zusammenhang zwischen Arbeit und Nachhaltigkeit betroffen.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) führt als Projektgruppenvorsitzende aus, dass die Projektgruppe 2 sich darauf verständigt habe, für den Bereich der „Freiheit“ einen Leitindikator in Form des von der Weltbank geprägten „Voice and Accountability“-Indikators einzusetzen. Außerdem habe sich die Projektgruppe abschließend mit Texten zum Thema Ökologie beschäftigt und mit Grenzwerten bei den Warnlampen zu den Bereichen Ökologie, Finanzen und allgemeines Wirtschaftssystem auseinandergesetzt.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) erläutert als Projektgruppenvorsitzende, dass die Projektgruppe 4 sich zu zum einen mit dem Kapitel „Nachhaltiges Wirtschaften am Beispiel der Chemieindustrie“ beschäftigt habe. Dabei wurde ein Konsens erreicht, der in der nächsten Projektgruppensitzung abgestimmt werde. Bis auf einige Sondervoten gebe es dazu einen gemeinsamen Bericht, der aufzeige, was bereits geleistet worden sei, aber auch Vorschläge für die künftige Entwicklung mache. Der andere Schwerpunkt der Sitzung sei das Kapitel „Regulierung der Finanzmärkte“ gewesen, wo es ebenfalls bis auf einige Punkte und Sondervoten einen gemeinsamen Vorschlag geben werde. Dazu zähle insbesondere eine Verschärfung der Eigenkapitalforderungen bei den Finanzinstituten sowie eine Reihe von Vorschlägen, wie insgesamt die Regulierung im Bankensektor so verändert werden könne, dass es keine Wiederholung der Krise der Jahre 2008/2009

gebe. Zu diesen Vorschlägen zählten beispielsweise Transparenz im Vergütungssystem sowie funktionsfähige Kriseninterventionsmechanismen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stellt fest, dass es drei sehr optimistische Berichte aus den Projektgruppen gebe, nachdem es heute viele kontroverse Debatten im Zusammenhang mit der Projektgruppe 1 gegeben habe. Dies lässt für die nächsten Sitzungen der Kommission mit Berichten aus den anderen Projektgruppen hoffen, dass diese Enquete-Kommission durchaus gesellschaftliche Konsense beschreiben könne.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft den Tagesordnungspunkt 3 auf. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Sie schließt die Sitzung um 15:51 Uhr.

Schluss der Sitzung: 15:51 Uhr

Gä/Was/Hae/Up



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende